

|                                 |                                                                                                                                                                                                                                          |
|---------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Bernd Michael Uhl<br>***<br>*** | <b>6F 202/21, 6F 9/22, 6F 2/23, 6F 2/22, etc.,<br/>         sowie amtsseitige KV-Sonderbände<br/>         zu Nationalsozialismus,<br/>         Rechtsextremismus, Rassismus</b><br>Amtsgericht Mosbach, Hauptstraße 110<br>74821 Mosbach |
|---------------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

>>> 6F 9/22, 6F 202/21, etc. <<<  
27.09.2026

**ZUM AKTUELLEN ANLASS:**

**Strafanzeigen gegen die  
 CDU-Stadträte, die explizit zusammen mit der AFD gegen die unmittelbare NS-Tatorts-,  
 wirkungs- und wohnortsbezogene Verlegung von Stolpersteinen für Nazi-Opfer und  
 NS-Verfolgte als dezentrale NS-Erinnerungsarbeit im Stadtbild,  
 als dezentrale NS-Gedenk- und NS-Aufarbeitungskultur  
 im öffentlichen Raum beantragen und abstimmen,  
 u.a. im September 2026,  
 an das CDU-geführte Amtsgericht Mosbach, Neckar-Odenwaldkreis ...  
 ... wegen geschichtsrevisionistischer Volksverhetzung mit der  
 Öffentlichen Relativierung und Verharmlosung des Nationalsozialismus,  
 des totalitären NS-Terror-, Verfolgungs- und Vernichtungsregimes sowie mit der  
 Öffentlichen Herabwürdigung und Verunglimpfung von NS-Verfolgten und NS-Opfern  
 durch die Relativierung und Verharmlosung von NS-Verbrechen  
an den Direktor des Amtsgerichts Mosbach Dr. Lars Niesler,  
Mitglied im Landesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (LACDJ)  
der CDU Baden-Württemberg**

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
 Sehr geehrter Herr Amtsgerichtsdirektor Dr. Lars Niesler,*

**Eingangs- und Weiterbearbeitungsbestätigung:**

Das Amtsgericht Mosbach und sein CDU-Direktor Dr. Lars Niesler persönlich werden um ordnungsgemäße Eingangsbestätigung, Sachverhaltsbenennung und Sachverhaltserläuterung bzgl. der o.g. genannten Strafanzeigen, Dienstaufsichtsbeschwerden und o.g. HIER dargelegten Anträge auf KONKRETE gerichtliche Prüfungen, Bearbeitungen und Zuständigkeitsverweisungen direkt beim und ausgehend vom Amtsgericht Mosbach gebeten (a...) bzgl. nationalsozialistisch-rechtsextremistisch orientierten, demokratie- und verfassungsfeindlichen, behindertenfeindlichen und rassistischen Bestrebungen in und aus der AFD sowie (b...) bzgl. deutscher Rassismus-Kolonial-NS-Verbrechen (c...) bzgl. Relativierung und Verharmlosung von DEUTSCHEN Kriegsverbrechen und Völkermorden und Massenmorden, HIER INSBESONDERE AUCH bzgl. der KONKRETEN Mord-Tatbeteiligungen an den Nationalsozialistischen Völkermorden und an Beteiligungen an NS-Verbrechenskomplexen in Mosbach und im Neckar-Odenwaldkreis mit deren mangelhaften juristischen Aufarbeitungen seitens der Mosbacher Justiz seit 1945. Das Amtsgericht Mosbach und der CDU-Direktor Dr. Lars Niesler persönlich werden gemäß § 158 StPO um ordnungsgemäße Eingangsbestätigung, Sachverhaltsbenennung und Sachverhaltserläuterung der Tatvorwürfe bzgl. der o.g. genannten Strafanzeigen GEGEN o.g. Beschuldigte gebeten.

## § 158 Strafanzeige; Strafantrag

Die Anzeige einer Straftat und der Strafantrag können bei den Staatsanwaltschaften und **Amtsgerichten** schriftlich angebracht werden. Dem Verletzten ist auf Antrag der Eingang seiner Anzeige schriftlich zu bestätigen. Die Anzeige und der Strafantrag sind durch die aufnehmende Stelle zu protokollieren oder auf sonstige Weise zu dokumentieren. Die Bestätigung soll eine kurze Zusammenfassung der Angaben des Verletzten zu Tatzeit, Tatort und angezeigter Tat enthalten.

### **Strafanzeigen gegen möglichen Antisemitismus und öffentlicher Herabwürdigung von NS-Opfern und NS-Verfolgten aus der Mitte der CDU**

**Strafanzeigen gegen die  
CDU-Stadträte, die explizit zusammen mit der AfD gegen die unmittelbare NS-Tatorts-,  
wirkungs- und wohnortsbezogene Verlegung von Stolpersteinen für Nazi-Opfer und  
NS-Verfolgte als dezentrale NS-Erinnerungsarbeit im Stadtbild,  
als dezentrale NS-Gedenk- und NS-Aufarbeitungskultur  
im öffentlichen Raum beantragen und abstimmen,  
u.a. im September 2026**

Laut Medienberichten beantragen und beschließen in der Abstimmung während der Stadtratssitzung im September 2026 in Heidenau o.g. Beschuldigte CDU-Stadträte explizit in Zusammenarbeit mit der AfD gegen die unmittelbare NS-Tatorts-, wirkungs- und wohnortsbezogene Verlegung von Stolpersteinen für Nazi-Opfer und NS-Verfolgte als dezentrale NS-Erinnerungsarbeit im Stadtbild, als dezentrale NS-Gedenk- und NS-Aufarbeitungskultur im öffentlichen Raum.

Eine Zusammenarbeit mit der AfD hat die CDU eigentlich immer wieder ausgeschlossen. Mit dem Verweis auf die sogenannte Brandmauer hieß es von ihren Politikern wiederholt, dass es dazu nicht kommen werde. Anfang 2025, während der Regierungszeit der Ampelkoalition, war ein Fünf-Punkte-Plan der Union mit Stimmen der AfD im Bundestag angenommen worden. Danach hatte es u.a. Proteste unter anderem vor der CDU-Parteizentrale gegeben.

Der Heidenauer Stadtrat beschloss nun im September 2026 auf einen gemeinsamen Antrag von CDU und AfD, künftig mit einem Stolperstein-Verbot keine neuen Stolpersteine im öffentlichen Straßen- und Gehwegbereich mehr zuzulassen. Es sei besser, der Nazi-Opfer nicht im „turbulenten Straßenverkehr“ zu gedenken. Stattdessen solle das Gedenken künftig abseits vom öffentlichen Alltagsleben vor allem auf dem Nordfriedhof der Stadt stattfinden. Die Stadtverwaltung hatte dem Stadtrat empfohlen, den Antrag abzulehnen. Sie argumentierte in ihrer Beschlussvorlage, das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und anderer Gewaltherrschaften solle weiterhin sichtbar und wahrnehmbar im öffentlichen Raum stattfinden. Gerade die Präsenz im Stadtbild ermögliche eine breite Wahrnehmung und die unmittelbare Auseinandersetzung mit der Geschichte. Ein zentraler Erinnerungsort auf dem Nordfriedhof könne bestehende Formen des Gedenkens ergänzen, sie aber nicht ersetzen. Heidenaus Bürgermeisterin Conny Oertel (parteilos) war gegen den Antrag und rief dazu auf, nicht zuzustimmen.

In Heidenau existieren bislang Stolpersteine an zwei Standorten: Sie erinnern an den früheren Bürgermeister Paul Gröger sowie an die jüdische Kaufmannsfamilie Reiner. Ein Stolperstein steht für den früheren SPD-Bürgermeister Paul Gröger, der das Hissen der Hakenkreuzflagge verweigert hatte und im KZ ermordet wurde. HIER begehen o.g. Beschuldigte CDU-Stadträte mit ihrem o.g. Vorgehen somit auch die Verleugnung, Herabwürdigung des Gedenkens an verfolgte und ermordete Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime und an rassenideologisch verfolgte NS-Opfer.

Bundesbildungsministerin Karin Prien (CDU) hat den Beschluss gegen weitere Stolpersteine im öffentlichen Raum der Stadt Heidenau scharf kritisiert. „Ein Verbot von Stolpersteinen wie in Heidenau ist in meinen Augen ein Skandal, Erinnerungskultur auf einen Friedhof abschieben wollen erst recht“, sagte Prien“. Prien verteidigte die Stolpersteine als wichtigen Teil der deutschen Erinnerungskultur. „Stolpersteine im öffentlichen Raum machen ja gerade vernichtetes jüdisches Leben sichtbar und geben jedem einzelnen Verfolgten ein Stück Würde zurück“, sagte sie. Die kleinen Gedenksteine machten deutlich, dass Juden selbstverständlich zum Leben in deutschen Städten und Dörfern gehört hätten, bevor sie von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet wurden. Besonders kritisch äußerte sich die Ministerin zu dem Vorschlag, das Gedenken auf Friedhöfe zu verlagern. Wer Stolpersteine und Gedenksteine jüdischen Lebens aus dem öffentlichen Raum auf den Friedhof verbanne, stelle das Sterben über das Leben und mache Juden noch einmal unsichtbar, so Prien. Zugleich richtete sie einen Appell an die eigene Partei. „In dieser Verantwortung sehe ich auch die CDU in Sachsen. Denn nur wer seine Geschichte kennt und versteht, kann daraus lernen und dafür sorgen, dass sie sich nicht wiederholt“, sagte die Bildungsministerin.

Der CDU-Landesverband Sachsen hat sich nach der Entscheidung des Heidenauer Stadtrats grundsätzlich hinter das Stolperstein-Projekt gestellt. Generalsekretär Tom Unger (CDU) sagte, die Sächsische Union stehe "fest an der Seite der Jüdinnen und Juden in Sachsen und Deutschland". Als CDU-Landesverband unterstütze man das Verlegen von Stolpersteinen als eine Form des Gedenkens an die NS-Verbrechen. Die Steine machten sichtbar, dass die Verbrechen nicht irgendwo, sondern mitten in den Städten und Gemeinden an Nachbarinnen und Nachbarn verübt worden seien. Zugleich betonte er, über die konkrete Ausgestaltung von Erinnerungskultur müsse vor Ort diskutiert werden. Dabei seien aus Sicht der CDU insbesondere die jüdischen Gemeinden einzubeziehen. Von einem generellen Ausschluss von Stolpersteinen, wie ihn der Heidenauer Stadtrat beschlossen hat, nimmt die CDU Sachsen damit Abstand. "Eine Form des Gedenkens dabei grundsätzlich auszuschließen ist aber der falsche Weg", erklärte Unger.

Das Alternative Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz (AKuBiZ) in Pirna hatte weitere Stolpersteine in Heidenau beantragt. Der Verein reagierte mit scharfer Kritik auf die Stadtrats-Entscheidung. "Wir sind entsetzt, wütend und können es nicht verstehen", sagte Anne Nitzschke. Der Verein hatte nach eigenen Angaben die Verlegung von zwölf Stolpersteinen für sieben jüdische Familien und Einzelpersonen beantragt. Nun befürchtet der Verein, dass die Erinnerung an die Schicksale einzelner NS-Verfolgter künftig weniger sichtbar wird. Die Verlagerung des Gedenkens an einen zentralen Ort führe dazu, dass die Biografien der Betroffenen nicht mehr an ihren früheren Wohn- und Wirkungsorten präsent seien.

Scharfe Kritik kam auch vom Internationalen Auschwitz Komitee. Christoph Heubner, Exekutiv-Vizepräsident der Organisation, bezeichnete den Beschluss als „durchsichtigen und schäbigen Versuch, Heidenauer Opfer der Nazis erneut aus der Stadt hinauszuerwerfen und sie dahin zu entsorgen, wohin das Gedenken nach Meinung der AfD schon längst gehört: auf den Friedhof“. Dass CDU-Abgeordnete der AfD „zu solchen Schäbigkeiten die Hand reichen“, sei ein Skandal.

Der Direktor der Gedenkstätte Buchenwald, Jens Christian Wagner, sieht dahinter die Absicht, das NS-Gedenken aus dem öffentlichen Raum zu verbannen.

"Dass sich CDU und AfD in Heidenau die Hand reichen, um Stolpersteine im öffentlichen Raum zu verhindern, ist ein Skandal", befand Grünen-Chef Felix Banaszak. Gerade angesichts der aktuellen Debatten über den Umgang mit Rechtsextremismus und dem Vormarsch der AfD müsse man alles dafür tun, "um das Gedenken an diejenigen, die verfolgt und ermordet wurden, lebendig zu halten". "Die Begründung, man könne auf den Stolpersteinen herumtreten, ist absurd." Der eigentliche Skandal sei, dass hier die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus mit Füßen getreten werde. Vielmehr liege genau im Betreten der Steine ihre Stärke, so der Grünen-Politiker. Auch der Dresdner Grünen-Bundestagsabgeordnete Kassem Taher Saleh kritisiert den Beschluss. In Sachsen engagier-

ten sich viele Menschen, um die Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes sichtbar zu halten. »Es ist unerträglich, dass sich die CDU ausgerechnet in dieser Frage mit der AfD zusammentut.«

Auch die Linken-Abgeordnete im Sächsischen Landtag, Luise Neuhaus-Wartenberg, sprach von einem fatalen Signal: "Wer das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus ernst nimmt, darf ihre Namen nicht aus dem Alltag verdrängen." „Es ist alarmierend, dass etablierte Formen des Gedenkens an die Opfer des Holocaust so offen angegriffen werden“, erklärten Anja Eichhorn und Marco Böhme. Den Antrag von CDU und AfD werteten die beiden Linken-Landesvorsitzenden als Versuch, die Erinnerung „unter dem Vorwand des ‚würdigen Gedenkens‘ aus dem Straßenraum zu verdrängen“. Eichhorn und Böhme halten es für „höchst problematisch, wenn Erinnerung nicht im Alltag, sondern stattdessen klar abgegrenzt außerhalb der Sichtweite stattfindet“. Stolpersteine machten die Verbrechen der Nazis und vor allem die Betroffenen und Opfer des Holocaust im Straßenraum sichtbar – als Teil wichtiger und dringend notwendiger Erinnerungskultur. Gerade angesichts der aktuellen Zugewinne rechter Kräfte, auch in Sachsen, brauche es diese Sichtbarkeit mehr denn je.

»Die Stolpersteine aus unserem Alltag und Gedenkkultur an den Stadtrand zu verbannen, halte ich für falsch«, erklärte der SPD-Landtagsabgeordnete Albrecht Pallas. Er warf der AfD vor, damit den Nationalsozialismus relativieren zu wollen. Pallas forderte den Stadtrat auf, die Entscheidung zu überdenken. »Noch ist es nicht zu spät.« Die SPD-Landtagsfraktion sei bereit, Patenschaften und Kosten für drei Stolpersteine zu übernehmen, hieß es.

Seit den 1990er-Jahren gehören sie bundesweit zum Stadtbild: Stolpersteine, die kleinen Messingplatten des Künstlers Gunter Demnig. Die in der Regel spendenfinanzierten Pflastersteine mit den Namen und Lebensdaten der zumeist jüdischen Opfer des Nationalsozialismus werden am letzten bekannten Wohn- oder Wirkungsort der Opfer in den Asphalt eingelassen verlegt. Nach Angaben der Stiftung Spuren des Künstlers Gunter Demnig wurden bislang mehr als 128.000 Stolpersteine in 31 europäischen Ländern verlegt. Laut Demnig arbeitet die Stiftung europaweit mit rund 3.200 Kommunen zusammen. Die Stiftung bezeichnet das Projekt als das weltweit größte dezentrale Mahnmal. Der Künstler Gunter Demnig reagierte ebenfalls mit deutlicher Kritik auf die Entscheidung des Stadtrats von Heidenau bei Dresden, keine neuen Stolpersteine im öffentlichen Straßenraum mehr zuzulassen. Er habe mit einem solchen Schritt gerechnet, sagte der Initiator des Stolperstein-Projekts. „Nach den Wahlerfolgen der AfD war es ja durchaus zu erwarten, dass so etwas passieren wird“, erklärte der 78-Jährige aus dem mittelhessischen Alsfeld. Der CDU warf er vor, sich von christlichen Werten entfernt zu haben. Die Partei „sollte ihr C vielleicht streichen. Denn das Christliche haben sie ja wohl hinter sich gelassen.“ Die Erinnerung müsse dort sichtbar bleiben, wo die Menschen gelebt und gewirkt hätten, sagte er. Stolpersteine brächten die Namen der Opfer und die Vergangenheit in die Gegenwart zurück und machten Geschichte gerade für junge Menschen vor Ort greifbar. Ein Mensch sei erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist. Besonders Angehörige wünschten sich die Steine.

Israels Botschafter Ron Prosor erklärte: "Ich bin beschämt". Prosor erklärte: "Wer die Opfer aus der Vergangenheit löscht, löscht die Vergangenheit selbst." Er forderte, Deutschland brauche "eine klare Brandmauer gegen Antisemitismus - von rechts, von links und aus islamistischen Kreisen".

Die Holocaust-Überlebende Charlotte Knobloch (93) hat das Stolperstein-Verbot zum Gedenken an NS-Opfer scharf kritisiert. ABER es sei der "völlig falsche Weg", Orte der Erinnerung aus dem Stadtbild zu entfernen, sagte die Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern. Sie sei "entsetzt, dass eine demokratische Partei sich dafür hergibt, ein so durchsichtiges Manöver der Extremisten von der AfD zu unterstützen". Knobloch hatte sich selbst bereits kritisch zu Stolpersteinen geäußert, gleichwohl sei „dezentrales Gedenken, das nicht aus dem öffentlichen Raum verbannt wird, sondern ihn gerade durchdringt und prägt“, entscheidend für eine echte Kultur des Erinnerns. „Menschen und NS-Opfer werden abermals aus dem Stadtbild herausgedrängt.“

Auch in München ging es in im öffentlichen Diskurs um das potenzielle "Betreten" der Gedenksteine. Auch in München hatte der Stadtrat 2015 nach hitziger, langer Debatte beschlossen, dass auf öffentlichem Grund keine weiteren Stolpersteine verlegt werden sollen. Zu finden sind sie vor allem auf privatem Grund - und erlaubt auch auf Grundstücken, die dem Freistaat Bayern gehören. In München machen stattdessen Erinnerungszeichen auf Augenhöhe mit Fotos und knappen Lebensdaten auf das Schicksal der Menschen aufmerksam vor Wohnhäusern, die früher dort gelebt haben - bevor sie von den Nazis aus ihrem Alltag gerissen wurden. Dort in München werden stattdessen Gedenktafeln und Stelen für die Opfer installiert.

Die o.g. Beschuldigten CDU-Stadträte haben wie in der Medienberichterstattung NACHWEISLICH dargestellt EXPLIZIT verweigert, in ihrem Entscheidungsfindungsprozess zu ihrem eigens betriebenen Nazi-Opfer-Stolperstein-Stopp die relevanten NS-Opferverbände, Jüdische Gemeinden, Überlebende des NS-Terrors sowie Angehörige von NS-Opfern in einem öffentlichen Diskurs konstruktiv mit einzubeziehen. Die o.g. Beschuldigten CDU-Stadträte haben wie in der Medienberichterstattung NACHWEISLICH dargestellt EXPLIZIT verweigert, in ihrem Entscheidungsfindungsprozess zu ihrem eigens betriebenen Nazi-Opfer-Stolperstein-Stopp gemäß ihrer eigenen Drüberlaufen-Ablehnungsargumentation mögliche Machbarkeits-Alternativen zu Stolpersteinen in einem öffentlichen Diskurs zu prüfen, wie im Beispiel von München mit dezentralen Erinnerungsorten im öffentlichen Raum auf Augenhöhe mit Gedenktafeln und Stelen, Skulpturen, etc. unmittelbar an Wohn- und Wirkungsorten von Nazi-Opfern mitten im Stadtbild.

Die o.g. Beschuldigten CDU-Stadträte sind, wie HIER in der Strafanzeige an das CDU-geführte Amtsgericht Mosbach, Neckar-Odenwaldkreis unter dem CDU-Amtsgerichtsdirektor Dr. Lars Niesler, ZUVOR dargelegt, dahingehend strafrechtlich zu überprüfen ... wegen geschichtsrevisionsrevisionistischer Volksverhetzung mit der Öffentlichen Relativierung und Verharmlosung des Nationalsozialismus, des totalitären NS-Terror-, Verfolgungs- und Vernichtungsregimes sowie mit der Öffentlichen Herabwürdigung und Verunglimpfung von NS-Verfolgten und NS-Opfern durch die Relativierung und Verharmlosung von NS-Verbrechen.

>>> SIEHE AUCH: Die Material- und Zitatsammlung, Beweissammlung u.a. aus historischen, politischen, zivilgesellschaftlichen, juristischen, wissenschaftlichen Quellen und Medienberichten... benannt von der HIERZU involvierten Mosbacher Amtsrichterin Marina Hess selbst unter 6F 202/21 und 6F 9/22 am 17.08.2022 unter...

<http://nationalsozialismus-in-mosbach-baden.de/>

Mit freundlichen Grüßen, Bernd Michael Uhl